

## **Die Parlamentswahl in Großbritannien und die bevorstehende Präsidentchaftswahl in den USA mit Hillary Clinton als „Spitzenkandidatin“**

*Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 4. bis zum 8. Mai*

(mp) Zwei Themen standen in der vergangenen Woche im Fokus der Berichterstattung der amerikanischen Medien: Die Parlamentswahl in Großbritannien mit einer überraschenden absoluten Mehrheit für Premierminister Cameron sowie Hillary Clintons Ansprache als „Spitzenkandidatin“ der Demokraten über ihre geplante Einwanderungspolitik.

Die Parlamentswahl in Großbritannien war ein Ereignis, das besonders von europäischen Staatsführungen, aber auch der US-amerikanischen Regierung genau beobachtet wurde. In den Tagen vor der Wahl spekulierten mehrere Zeitungen, ob es denn überhaupt zu einer Mehrheit im britischen Unterhaus kommen werde und welche Folgen eine Minorität auf die internationale Politik haben könnte. Die Umfragen vor der Parlamentswahl am Donnerstag hatten ein Kopf-an-Kopf-Rennen der konservativen Tories mit ihrem Präsidentschaftskandidaten und bisherigen Premierminister David Cameron und der oppositionellen Labour-Partei mit ihrem Kandidaten Ed Miliband prognostiziert. Die *New York Times* ging ausführlich auf die zu erwartenden Folgen ein, die der Sieg Camerons für die europäische Politik haben könnte. Die Zeitung befürchtet eine verhängnisvolle Wende in den britisch- und europäischen Beziehungen, die Cameron mit seiner Anti-Europa-Politik provoziert. Man habe zwar gesehen, wie Cameron in seiner bisherigen fünfjährigen Amtszeit das Land mit einer harten Sparpolitik vor einer Rezession und einer drohenden Insolvenz bewahrte. Dies jedoch hatte deutliche Kürzungen bei den Streitkräften und den internationalen Einsätzen zur Folge. Die *Washington Post* schätzt, dass die britische Armee daher bald auf den kleinsten Umfang seit der Amerikanischen Revolution schrumpft. Auch erwähnte das Blatt, dass die Verteidigungsausgaben bald unter dem NATO-Richtwert von

zwei Prozent liegen könnten. Die Wahl, die nach dem Prinzip *the winner takes it all* stattfand, ließ diejenigen, die nicht die Mehrheit der Stimmen bekamen, verlieren: Labour-Spitzenkandidat Ed Miliband, der Chef der britischen Liberaldemokraten, Nick Clegg, und der Anführer der rechtspopulistischen Partei Ukip, Nigel Farage, traten nach der für sie grausamen Wahlen zurück. Nun wird sich, laut *Washington Post*, zeigen, inwiefern sich die früher noch als „Sonderbeziehung“ geltende Verbindung zwischen den USA und Großbritannien entwickelt. Da Cameron schon 2013 einen Antrag des britischen Parlaments zur Unterstützung der USA bei Luftangriffen gegen das syrische Regime zurückwies und sich auch sonst nur in kleineren unbedeutenden Rollen in der Ukraine-Krise oder der Bekämpfung des Islamischen Staates sah, erwartet Obama keine beachtlichen Bemühungen bei der Unterstützung in aktuellen Krisen-Gebieten, sondern eine Konzentration auf die Innenpolitik der neuen Regierung. Die *LA Times* geht daher davon aus, dass es im neugewählten Parlament Debatten und Kompromisse geben wird wie zurzeit auch in den USA. Die Zeitung zieht folgendes Fazit: „Politik ist oft die Kunst des Kompromisses.“

Auch spannend wird es bei der Präsidentschaftswahl in den USA im kommenden Jahr werden. Die bislang angetretenen Kandidaten, darunter Hillary Clinton, begannen vergangene Woche mit ihrem Wahlkampf. Nachdem sich Hillary Clinton bereits über die Finanzpolitik und, nach dem Tod Freddie Grays in Polizeigewahrsam, über Minderheiten in den USA und gegen eine „Ära der Masseninhaftierungen“ geäußert hatte, sprach sie am vergangenen Dienstag vor Schülern in der Rancho High School in Las Vegas über die Einwanderungspolitik. Gerade auf diesem Gebiet scheiterten viele bisherige Präsidentschaftskandidaten, aber auch viele Präsidenten, zuletzt Barack Obama. Clinton versprach, dass es in ihrer Amtszeit für die Millionen illegalen Einwanderer einfacher sein soll, US-Bürger zu werden, insbesondere wenn man bereits Familie und Arbeit in den USA habe. Sie betonte auch, dass ihre Einwanderungspolitik das Land stärken und sie als Präsidentin alles dafür tun werde, auch wenn der Kongress sich weigert, die Einwanderung zu erleichtern. Diese Ansprache sei ein guter Start für Clintons Kandidatur, so die *New York Times*. Auch *Slate Magazine* bezeichnete den Inhalt und den Zeitpunkt ihrer Rede als eine schlaue Taktik, um die „Latino“-Wählerstimmen zu gewinnen. Da in den *swing states* wie Colorado, Florida, Nevada, North Carolina und Virginia die „Latino“-Wähler zunehmen, erhoffte sich Clinton, es ihren konservativen Konkurrenten schwerer zu machen, da die Weißen nur eine Minderheit der Wähler in diesen Staaten repräsentieren. Kritik bekam Hillary Clinton aber von einigen republikanischen Gouverneuren. Scott Walker, der Gouverneur von

Wisconsin, forderte, dass jeder unberechtigte Einwanderer das Land verlasse und die legale Einwanderung eingeschränkt wird, so die *New York Times*. Diese konservative Haltung verurteilte Hillary Clinton in ihrer Rede mit den Worten: „Bis heute hat noch kein einziger republikanischer Kandidat, aufgestellter oder potentieller, einen Weg zur Staatsbürgerschaft klar und konsequent unterstützt. Nicht einer.“

Quellen:

[www.latimes.com](http://www.latimes.com)

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)

[www.slate.com](http://www.slate.com)

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)